

Abolitionismus

Ein Reader

Herausgegeben von

Daniel Loick und

Vanessa E. Thompson

suhrkamp taschenbuch

wissenschaft

Abolitionismus

Ein Reader

Herausgegeben von

Daniel Loick und

Vanessa E. Thompson

suhrkamp taschenbuch

wissenschaft

Abolitionismus

Ein Reader

Herausgegeben von Daniel Loick und Vanessa E. Thompson

Suhrkamp

Zur optimalen Darstellung dieses eBook wird empfohlen, in den Einstellungen *Verlagsschrift* auszuwählen.

Die Wiedergabe von Gestaltungselementen, Farbigkeit sowie von Trennungen und Seitenumbrüchen ist abhängig vom jeweiligen Lesegerät und kann vom Verlag nicht beeinflusst werden.

Zur Gewährleistung der Zitierfähigkeit zeigen die grau gerahmten Ziffern die jeweiligen Seitenanfänge der Printausgabe an.

Um Fehlermeldungen auf den Lesegeräten zu vermeiden werden inaktive Hyperlinks deaktiviert.

Die Veröffentlichung dieses Bandes wurde durch die Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Projekts »Überwachen und Strafen der Anderen. Eine Analyse von Racial Profiling und seinen geschlechtsspezifischen Dimensionen«, gefördert vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, ermöglicht.

eBook Suhrkamp Verlag Berlin 2022

Der vorliegende Text folgt der 1. Auflage der Ausgabe des suhrkamp taschebuch wissenschaft 2364 © Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2022

Der Inhalt dieses eBooks ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Für Inhalte von Webseiten Dritter, auf die in diesem Werk verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber verantwortlich, wir übernehmen dafür keine Gewähr. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.

Umschlag nach Entwürfen von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

eISBN 978-3-518-77032-0

www.suhrkamp.de

Inhalt

Cover

Titel

Impressum

Inhalt

Daniel Loick und Vanessa E. Thompson

Was ist Abolitionismus?

I. Abolitionistische Demokratie

Angela Y. Davis

Abolitionistische Demokratie. Ein Interview mit Eduardo Mendieta
(2005)

Andrew Dilts

Krise, Kritik und Abolition

II. Strafen und Gefängnis

Mumia Abu-Jamal

Weihnachten im Käfig. Mit einer Einleitung von Michael Schiffmann

Angela Y. Davis

Gefängnisreform oder Abschaffung des Gefängnisses?

Klaus Günther

Kritik der Strafe

Joy James

Foucaults Schweigen vom Spektakel rassistischer staatlicher Gewalt

III. Polizei

Alex S. Vitale

Grenzen der Polizeireform

Robyn Maynard

Über staatliche Gewalt und Schwarze Leben

Nikhil Pal Singh

Das Weißsein der Polizei

Assa Traoré und Geoffroy de Lagasnerie

Der Kampf Adama

Amna A. Akbar

Reform (der Polizei) – ein abolitionistischer Horizont

IV. (Queer-)Feministische Perspektiven

Andrea J. Ritchie

Polizeiliche Antworten auf Gewalt

Victoria Law

Gegen den Strafrechtsfeminismus

Sarah Lambie

Karzerale Logiken transformieren: Zehn Gründe dafür, den gefängnisindustriellen Komplex durch queere/trans Analysen und Aktionen zu demontieren

V. Abolitionistische Horizonte

Michel Foucault

Gefängnisse und Gefängnisrevolten. Ein Gespräch mit Bodo Morawe (1973)

Angela Y. Davis

Strategien zur Abschaffung des Gefängnisses

Ruth Wilson Gilmore

Was tun?

Mimi E. Kim

Über Kritik hinausgehen. Kreative Interventionen und
Rekonstruktionen kollektiver Verantwortungsübernahme

Allegra M. McLeod

Abolitionistische Demokratien entwerfen

Che Gossett

Abolitionistische Alternativen. Schwarzer Radikalismus und die
Verweigerung von Reform

Textnachweise

Über die Autor:innen

Fußnoten

Informationen zum Buch

Was ist Abolitionismus?

Die Demonstrationen und Rebellionen für schwarze Leben im Sommer 2020 stellten die größte politische Bewegung in der Geschichte der USA dar.^[1] Dabei war die Black-Lives-Matter-Bewegung nicht auf Nordamerika beschränkt, sondern reichte auch nach Lateinamerika, Europa, Australien und mehrere Länder Afrikas und mobilisierte damit auch weltweit die größten antirassistischen Proteste aller Zeiten. Im Zuge dieser globalen Aufstände wurden einer breiteren Öffentlichkeit Forderungen zugänglich gemacht, die aus dem theoretischen und praktischen Kontext des Abolitionismus stammen. Einer der weltweit resonierenden Slogans war *Defund the Police*: die Forderung, Ressourcen von der Polizei abzuziehen und diese in Strukturen der radikalen sozialen Gerechtigkeit (Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung und Strukturen der Unterstützung) zu reinvestieren. Ebenso fordern Aktivist:innen die Entkriminalisierung von Armut, Migration oder Drogenkonsum als Teil eines breiteren Kampfes um das Zurückdrängen und Abbauen von Strafreimen und Kontrollinstitutionen wie Gefängnissen, Lagern, Polizeien und anderen Institutionen staatlicher Gewalt.^[2]

^[8] Aber was meint Abolitionismus eigentlich, was umfasst dieser Ansatz und wie wird Gesellschaft in den theoretischen und bewegungspolitischen Ansätzen des Abolitionismus gedacht?

Geschichte

Abolitionismus meint wörtlich *Abschaffung* und geht als soziale Bewegung und theoretische Perspektive historisch sehr weit zurück. Die Anfänge der Bewegung liegen bereits in den Kämpfen gegen die

Versklavung in den USA und der Karibik im 19. Jahrhundert. Die Geschichte des Abolitionismus als spezifischer politischer Ansatz ist allerdings selbst umstritten. In den dominanten Narrativen werden hier oft die weißen liberalen Bewegungen gegen die Versklavung aus dem 18. Jahrhundert in Großbritannien und den USA angeführt, die, im Anschluss an die Quäker:innen, Versklavung nicht mehr aus religiösen Gründen, sondern aufgrund aufklärerischer Ideale ablehnten. In dieser gängigen Erzählung wird der Abolitionismus als die historisch erste transnationale soziale Bewegung dargestellt, deren Ziel die Abschaffung der Versklavung aus Afrika deportierter Menschen in den Kolonien Amerikas beziehungsweise des transatlantischen Versklavungshandels war. Unter Rückgriff auf herausragende Einzelpersonen wird Abolitionismus dabei als ein moralischer Fortschritt der Menschheit dargestellt, der insbesondere von weißen Männern wie Abraham Lincoln in den USA oder Victor Schoelcher in Frankreich und ihren liberalen Idealen vorangetrieben wurde. Obschon einige solcher Darstellungen auch ehemals versklavte Menschen wie etwa Frederick Douglass oder Sojourner Truth mit Bezug auf die USA oder Olaudah Equiano mit Bezug auf Großbritannien erwähnen und einbeziehen, zeichnen sie Abolitionismus vor allem als eine weiße aufklärerische Bewegung.

Gegenüber dieser Geschichtsschreibung verweisen die Wissensbestände der »Black Radical Tradition«^[3] darauf, dass Abolitionismus vor allem eine Bewegung und Perspektive der schwarzen Massenwiderstände gegen den Plantagenkapitalismus war. Demnach unternehmen radikale Abolitionist:innen eine Lesart des Abolitionismus 9 »von unten«. So argumentiert der schwarze Soziologe, Kommunist, Panafrikanist und Abolitionist W. E. B. Du Bois in seinem Magnum opus *Black Reconstruction in America* (1935)^[4] – entgegen der These, dass die Abschaffung hauptsächlich eine Errungenschaft der Abolitionist:innen aus dem Norden sei –, dass schwarze versklavte Menschen, *the dark proletariat*, nicht nur den Dreh- und Angelpunkt andauernder kapitalistischer Akkumulation bilden,^[5] sondern dass sie im Süden der USA mit einem Massenstreik von vier Millionen Menschen (1861 bis 1865) und ihrem Widerstand die

grundlegende Rolle in der Abschaffung der Versklavung in den USA spielten.

Drei Jahre nach dem Erscheinen von *Black Reconstruction* veröffentlichte der schwarze radikale Historiker und Marxist C. L. R. James *Die schwarzen Jakobiner*, ein Grundlagenwerk über die haitianische Revolution, die als Manifestation abolitionistischen Widerstands zur Abschaffung der Plantagenökonomie zu verstehen ist. In der französischen Kolonie Saint-Domingue, der damals profitabelsten Plantagenökonomie der Welt, erkämpften die versklavten Menschen im Jahr 1793 gegen den Widerstand der westlichen Kolonialmächte die weltweit erste Abolition.^[6] Die haitianische Revolution gilt in den Archiven schwarzer Befreiung und internationaler Kritik am kolonialen Kapitalismus als grundlegendes Ereignis des Abolitionismus, das weit über Haiti, aber auch über afrodiasporische Widerstandsbewegungen hinauswies, wie etwa die Bezugnahme indigener Gruppen im Pazifik, wie der Maori, oder auch lateinamerikanischer Bewegungen gegen Versklavung und Kolonialismus zeigen.^[7]

Wenn auch die haitianische Revolution die erste erfolgreiche 10 Revolution schwarzer versklavter Menschen war, ist es dennoch wichtig darauf zu verweisen, dass sich historischer Abolitionismus darüber hinaus auf die vielfältigen anderen Widerstände gegen Versklavung bezieht. Hier sind größere Aufstände zu nennen, wie die Rebellion um Nat Turner 1831, die New York *slave revolt* 1712, Rebellionen auf den Sklavenschiffen, wie die Amistad-Entführung oder das *Igbo-Landing* 1803, in dem sich nach der erfolglosen Befreiung eines Sklavenschiffes, angeführt von schwarzen Frauen, mehrere Igbo kollektiv umbrachten, indem sie von Bord sprangen. Auch die kollektive Flucht von den Plantagen in der Karibik und Lateinamerika und die Gründung alternativer Gesellschaftsformationen in Hügeln und Wäldern sind hier zu nennen. So haben versklavte Menschen in den *Quilombos* in Brasilien, der *Palenque de San Basilio* im heutigen Kolumbien oder den *Maroon-Formationen* auf Jamaika^[8] alternative Welten fernab der kolonial-kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise erprobt und

etabliert, deren utopische Dimensionen abolitionistische Kämpfe bis heute prägen. Palmares, eine der größten *Quilombo*-Siedlungen entflohener und freigeboener afrikanischer Menschen, gegründet um 1600 in den Hügeln Brasiliens, bestand zum Beispiel aus 25 000 Bewohner:innen, die eine sich selbst versorgende Republik gegründet hatten.^[9]

Solche abolitionistischen Praktiken umfassten historisch vor allem zwei Prinzipien: Erstens die Abwehr, den Entzug oder die Flucht (*fugitivity*) aus den Ökonomien der rassifizierten Überausbeutung,^[10] die stets mit struktureller Gewalt und frühzeitigem Tod einherging, sowie zweitens die Bildung von neuen Verhältnissen, Rationalitäten, Beziehungs- und Produktionsweisen.^[11] Du Bois bringt diese Doppelbewegung auf den Begriff der »abolitionistischen Demokratie« (*abolition democracy*). Er beschrieb damit eine 11 spezifische Konstellation von gesellschaftlichen Kräften in der Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, also zwischen 1860 und 1880.^[12] Eine Allianz heterogener Gruppen versuchte damals, sowohl das Kapital als auch die Arbeiter:innen entschieden gegen jegliche Formen von Versklavung zu positionieren. Die Leitidee dieser Bewegung war es, dass eine bloß formale Emanzipation nicht ausreicht, sondern seitens der ehemals versklavten Menschen auch die reale Möglichkeit beinhalten muss, an der politischen Selbstregierung zu partizipieren. Die Bewegung drängte daher auf volle Staatsbürgerrechte für ehemals Versklavte und deren Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung. Die Bewegung erkannte zudem schnell, dass politische Macht nur dann richtig ausgeübt werden kann, wenn sie durch wirtschaftliche Macht ergänzt wird, was dazu führte, dass sie die ökonomischen Grundlagen der US-Gesellschaft selbst in Frage stellte. Bei der Abolition geht es also nicht um die *Integration* ehemaliger Versklavter in bereits bestehende Strukturen, sondern um die Forderung nach einer grundlegenden *Rekonfiguration* dieser Strukturen.

Damit verfolgten abolitionistische schwarze Bewegungen, die immer auch über schwarze Subjekte hinausgingen, eine grundsätzlichere Kritik nicht nur an der Versklavung, sondern auch am *racial capitalism*. Es ging ihnen nicht einfach um die Überführung von Versklavung in »freie«

Lohnarbeitsverhältnisse – die nach Marx zugleich eine Form der Lohnsklaverei darstellen –, wie es bei den liberalen Abolitionist:innen der Fall war,^[13] sondern um die Abschaffung von Verhältnissen, gesellschaftlichen Reproduktions- und Beziehungsweisen, die Versklavung, Kolonialismus und rassifizierte Überausbeutung überhaupt erst möglich gemacht haben und damit auch Bedingung für die Lohnarbeitsform waren.^[14]

Hier setzen auch neuere abolitionistische Bewegungen und Theorien an, die die Kontinuitäten von Versklavung und Kolonialismus, wenn auch unter anderen politökonomischen Vorzeichen im 12 neoliberalen Kapitalismus, analysieren und kritisieren. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf den Arbeits- und Strafreimen sowie Gewaltmodalitäten nach der formalen Abschaffung der Versklavung in Amerika und der Karibik. So analysiert Angela Davis für die USA, wie sich die *slave form* auch nach der formalen rechtlichen Abschaffung von Versklavung reaktualisiert hat. Von besonderer Bedeutung war dabei der 13. Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika (der Versklavung zwar verbietet, Arbeitszwang jedoch für verurteilte Straftäter:innen erlaubt) und das *convict-lease*-System, das es Gefängnissen ermöglichte, Gefangene als Arbeitskräfte an private Firmen »auszuleihen«. »Das *convict-lease*-System«, so Davis, »hat die Beziehungen versklavter Arbeit in die Ära der Emanzipation hinübergetragen.«^[15] Zusätzlich haben die durch die *Jim-Crow*-Gesetze^[16] abgesicherte Segregation und die extralegale, durch Lynchmobs ausgeübte Gewalt^[17] Verhältnisse von »Versklavung unter anderem Namen«^[18] entstehen lassen.

Abolitionismus nach der formalen Abschaffung von Versklavung nimmt damit die Kontinuitäten und Reartikulationen der Überausbeutung, nekropolitischen^[19] Gewalt und deren Verrechtlichung in den Blick und fokussiert gleichzeitig auf die Reflexion gelebter Erfahrungen, Widerstände und Theoretisierungen ehemals versklavter und kolonisierter Menschen. Gegenwärtige abolitionistische Ansätze, die sich besonders auf Gefängnisse, Polizei, Lager und Grenzregime konzentrieren, haben sich

vor dem Hintergrund der Formationen des postkolonialen und *post-slavery*-Kapitalismus und Imperialismus sowie der Widerstände dagegen formiert. Radikalere Teile der Bürgerrechtsbewegung, Black-Power-Bewegungen und Gruppen, wie die Black Panther Party for Self-Defense (BPP) und später die Black Liberation Army, stellen dabei eine weitere Form des Abolitionismus ab der Mitte des 20. Jahrhunderts dar, die besonders durch die Dialektik zwischen Negation und Kon[13]struktion gekennzeichnet war. So war der Aktivismus der Black Panthers nicht nur durch militante Programme der Selbstverteidigung gegenüber der Polizei oder rassistischen Mobs charakterisiert, sondern vor allem auch durch Praktiken der gegenseitigen Hilfe und durch *community*-Programme, wie dem Free-Breakfast-Programm oder Free Health-Clinics,^[20] die zugleich auf die Möglichkeiten neuer und anderer Produktions- und Beziehungsweisen hinwiesen. Auch zeigte sich in den abolitionistischen Politiken der BPP, dass Abolitionismus sich stets *community*-übergreifend und transnational artikulierte. Mit der Rainbow-Coalition, die die BPP in Chicago mit den Young Lords (eine von Latinx geprägte Organisation) sowie den Young Patriots (eine vorwiegend weiße linke Organisation) einging, formten sie eine *race*-übergreifende Koalition, die besonders verarmte und kriminalisierte schwarze und weitere rassifizierte, aber eben auch weiße Gruppen mobilisierte. Dass sich BPP-Gruppen auch in Großbritannien gründeten und Netzwerke transnationaler Solidarität in Ländern Lateinamerikas, auf dem afrikanischen Kontinent sowie in Südostasien spannten,^[21] verweist auf den transnationalen Charakter abolitionistischer Politiken nach der formalen Abschaffung der Versklavung.

Abolitionismus in Europa

In Europa hat der Abolitionismus bislang nicht den Status einer breiten Bewegung beanspruchen können. In den meisten europäischen Ländern

bedurfte es erst der Impulse der US-amerikanischen Black-Lives-Matter-Bewegung, um eine breitere Diskussion über Rassismus und staatliche Gewaltformen anzustoßen. So ist es erstaunlich, dass seit dem Mord an George Floyd 2020 in den USA auch auf Demonstrationen in England, Frankreich und Deutschland das vom US-Fußballspieler Colin Kaepernick geprägte Hin¹⁴knieen («Taking a knee») als Zeichen der Solidarität mit den Opfern von Polizeigewalt allgegenwärtig geworden ist, während zuvor tödliche Polizeigewalt in Europa vergleichsweise wenig mediale Aufmerksamkeit erhalten hatte.^[22] Erst seit kurzem bezieht sich eine Reihe extrem heterogener politischer Spektren und Milieus auf den Begriff des Abolitionismus, um das Projekt einer grundlegenden Kritik an staatlicher Gewalt zu bestimmen.

Dennoch ist der Abolitionismus in Europa nicht ohne Vorläufer. In Frankreich war 1975 das Erscheinen von Michel Foucaults Buch *Überwachen und Strafen* ein zentrales Ereignis, nicht nur um die (akademische und außerakademische) Öffentlichkeit auf die Realität in den französischen Gefängnissen aufmerksam zu machen, sondern auch um die Geburt des Gefängnisses als Paradigma der modernen Disziplinargesellschaft zu erklären und so die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Straf- und Einsperrungstechniken herauszustellen.^[23] Foucaults Genealogie des Gefängnisses war dabei von seinem eigenen politischen Engagement in der Group de l'Information sur le prison (GIP), der Gefängnisinformationsgruppe, inspiriert und begleitet.^[24] Die GIP formierte sich in einer Zeit zunehmender Gefängnisrevolten in den USA und in Frankreich, die jeweils durch einen steigenden Politisierungsgrad unter Gefangenen angeheizt wurden. Foucault, der seit Ende der 1960er Jahre persönliche Verbindungen zum Milieu der militanten Linken unterhielt, solidarisierte sich mit diesen Revolten. Die GIP führte eine Reihe von Befragungen mit Gefangenen zu ihren Haftbedin¹⁵gungen durch und setzte sich publizistisch und politisch für deren Verbesserung ein. Auch wenn dieser Aspekt in *Überwachen und Strafen* selbst nicht unbedingt deutlich wird, nimmt Foucault in seinen sonstigen Äußerungen durchaus einen abolitionistischen Grundgedanken vorweg, wenn er

darauf insistiert, dass man die Frage nach einer »Gesellschaft ohne Gefängnisse« nicht getrennt von der Frage der gesellschaftlichen Hierarchien, der politischen Macht, des Staats und der Staatsapparate aufwerfen könne.^[25] Insbesondere seitens abolitionistischer Aktivist:innen *of color* wurde Foucaults Ansatz jedoch aufgrund seiner Vernachlässigung der Bedeutung von Rassismus sowohl innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie als auch zur Analyse der spezifischen Straftechniken in Gefängnissen zum Teil scharf kritisiert.^[26] Allerdings unterstreicht Foucault, der in den 1970er Jahren durchaus vom Aktivismus der Black Panthers und anderen Entwicklungen in den USA inspiriert war,^[27] besonders nach einem Besuch des Gefängnisses von Attica 1972, selbst die Rolle der Rassifizierung, wenn er sie auch nicht dezidiert analysiert.^[28] In Frankreich spielen heute von ihm inspirierte Ansätze sowohl für die Kritik des Justizsystems als auch für eine Theoretisierung der rassistischen Polizeigewalt (nicht nur) in den Banlieues weiterhin eine wichtige Rolle.^[29]

Ein für die Theoriegeschichte des europäischen Abolitionismus ähnlich einflussreiches Buch ist die in Großbritannien von Stuart Hall und seinen Mitarbeitern verfasste Studie *Policing the Crisis* von 1978.^[30] Das Buch entstand in Halls letztem Jahr als Direktor des Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) in Birmingham 16 und steht exemplarisch für den Anspruch des Instituts, die eigene Forschungsarbeit mit den realen Kämpfen der Unterdrückten zu verbinden. Hall und seine Co-Autoren analysieren darin die »Erfindung« des »Mugging«-Phänomens, also des Straßenraubs. Ausgehend von dem Fall eines älteren Mannes, der 1972 an einer Metrostation von drei Jugendlichen ausgeraubt und erstochen wurde, verwendeten die Medien erstmals den Begriff des »Mugging«, der zuvor nur auf die Verbrechenswelt der USA bezogen worden war. Die Autoren zeichnen detailliert nach, dass die Einführung dieses Begriffs durch das Zusammenspiel mehrerer Akteur:innen wie der Medien, der Politik, Gewerbetreibender, Richter:innen und der Polizei eine »moralische Panik« erzeugte, die auf keinerlei statistischen Wahrheiten basiert, dafür aber reale politische Auswirkungen hatte, etwa in Form einer Umdeutung

des öffentlichen Diskurses (statt etwa Armut und sozialer Desintegration wird eine mit rassistischen Konnotationen versehene US-amerikanische »Kultur der Permissivität« für Verbrechen verantwortlich gemacht), einer Intensivierung städtischer Verdrängungspolitiken und einer Verschärfung von Strafen und öffentlicher Überwachung. Die Arbeit von Hall et al. kann nicht nur deshalb als Vorläufer abolitionistischer Kritiken verstanden werden, weil sie eine umfassende Analyse der soziostrukturellen Kontexte für die Legitimierung der Intensivierung staatlicher Gewalt liefert, die sich auch noch auf zeitgenössische moralische Paniken etwa in Bezug auf Drogen- oder »Flüchtlings«-Kriminalität anwenden lässt, sondern auch, weil sie eine generell antireformistische Stoßrichtung hat: Reformistische Lösungen, so die Autoren, beteiligen sich nur am Sozialmanagement der Verelendung, anstatt die grundsätzlichen Hintergrundbedingungen sozialer Exklusion anzugreifen. Es ist dieser explizit radikale Impuls, der auch gegenwärtigen Bewegungen gegen Polizeigewalt in Großbritannien und international noch wichtige Impulse gibt, wie sie sich etwa 2011 bei den London Riots nach der Erschießung von Mark Duggan durch die Londoner Polizei formiert haben.^[31]

In einigen westeuropäischen Ländern, insbesondere in Skandinavien, den Niederlanden und Deutschland, wird seit den 1960er 17 und 1970er Jahren eine internationale strafrechtskritische Diskussion geführt, die unter dem Begriff Kritische Kriminologie firmiert. In Abgrenzung zur traditionellen Kriminologie, der die Funktion einer Reproduktion und Legitimierung einer ungerechten Klassenjustiz attestiert wird, geht es der Kritischen Kriminologie um die Infragestellung fundierender Annahmen über Kriminalität und abweichendes Verhalten. Viele Kritische Kriminolog:innen folgen dabei dem von dem US-amerikanischen Soziologen Howard Becker geprägten »Etikettierungsansatz« (*labeling approach*),^[32] der davon ausgeht, dass eine Handlung erst durch seine strafrechtliche Etikettierung »kriminell« wird.^[33] Demzufolge reagiert das Recht nicht erst nachträglich auf schädigendes Verhalten, sondern konstruiert erst ein bestimmtes Verhalten als schädigend, wobei dominante Vorurteile ebenso eine Rolle spielen wie populistische Affekte,

politische Kampagnen und materielle Herrschaftsinteressen.^[34] In diesem Ansatz, der sich philosophisch zwischen linkem Liberalismus und marxistischen Analysen verortet, wird staatliches Strafen als Rest eines unaufgeklärten, mythischen Rachebedürfnisses diskreditiert, das zu einer Verschärfung sozialer Ausschlüsse beiträgt.^[35] Zugleich bemühen sich viele dieser Ansätze darum aufzuzeigen, dass sich geltende Normen auch anders als durch Strafen darstellen und Konflikte sich auf andere Weise besser schlichten lassen. Schon früh wurden neben Forderungen nach Entkriminalisierung etwa von Drogenkonsum, Sexarbeit oder jugendlicher Devianz auch die nach Abschaffung des Strafrechts und des Gefängnissystems insgesamt erhoben,^[36] die zum Teil auch realpolitische Erfolgsaussichten hatten.^[37] 18 Vor allem in Skandinavien und den Niederlanden, vereinzelt auch in Deutschland wurden diese Forderungen schon in den 1970er und 1980er Jahren explizit als abolitionistisch bezeichnet.^[38] Neue Diskussionen um das bürgerliche Strafbedürfnis sowie um Alternativen zum Strafen und zum Gefängnisssystem knüpfen an diese Forderungen an.^[39]

Politisch verortet sich die Gefängnis- und Strafrechtskritik in Deutschland eher in der Nähe des Bürgerrechtsspektrums, repräsentiert etwa durch das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Humanistische Union, sowie anfänglich in der Partei der Grünen. Auf diese Weise vermochten Vertreter:innen abolitionistischer Ansätze auch realpolitische Impulse zu geben, die – wenn auch oft in abgeschwächter Form – Eingang in Reformmaßnahmen gefunden haben, etwa zur Humanisierung des Strafvollzugs, zur akzeptierenden Drogenarbeit oder zu einer breiteren zivilgesellschaftlichen Kontrolle der Polizei. Eher lose waren die Verbindungen der Kritischen Kriminologie, die institutionell ja vor allem in den rechtswissenschaftlichen Fakultäten verankert war, zu anderen heterogenen politischen Initiativen, die ebenfalls abolitionistische Anliegen vertraten. Eine lange Tradition hat die Antirepressionsarbeit etwa im Rahmen der Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen, wie sie beispielsweise die Rote Hilfe und in kleinerem 19 Maßstab das Anarchist

Black Cross organisierte.^[40] Einen ähnlichen zeitgeschichtlichen Hintergrund wie die Kritische Kriminologie hat auch die Antipsychiatriebewegung, zu deren Hauptziel von jeher ein Ende von Zwangseinweisungen, Zwangsmedikationen und Fixierungen gehört, die in Deutschland etwa von Gruppen wie dem Sozialistischen Patientenkollektiv und der Irrenoffensive vertreten wurde.^[41] Die Autonome Frauenbewegung wies den patriarchalen Beschützeranspruch des Staates zurück und erstritt die Einrichtung autonomer Frauenhäuser gerade als Alternative zu einem polizeilichen Umgang mit häuslicher Gewalt. Seit den 1990er Jahren hat der *No-Border*-Aktivismus von Kampagnen wie »Kein Mensch ist illegal« und Selbstorganisationen von Geflüchteten wie der Gruppe Women in Exile mehrere Kampagnen gegen Abschiebeknäste und Lager durchgeführt. Gruppen und Initiativen von schwarzen Menschen und *people of color* in Deutschland, wie die Initiative im Gedenken an Oury Jalloh oder die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), haben sich ungefähr gleichzeitig immer stärker mit dem vorenthaltenen Schutz der deutschen Sicherheitsbehörden bei rassistischen Pogromen und dann auch mit direkter rassistischer Polizeigewalt und Diskriminierung, etwa durch *racial profiling*, beschäftigt. In den letzten Jahren haben sich in mehreren Städten aus diesem Spektrum *copwatch*-Gruppen gegründet und Kampagnen gegen *racial profiling* formiert.

Themen und Motive

Gefängnis

Besonders mit der staatlichen Zerschlagung der Black-Power-Bewegung und der Kriminalisierung weiterer linker sozialer Bewegungen in den späten 1960er Jahren in den USA begann das Gefängnis zunehmend zu einem expliziten Knotenpunkt der Kritik und der Mobilisierung zu

werden. Zwar hatten viele Aktivist:innen bereits selbst Gefängniserfahrungen gemacht, jedoch wurde das Gefängnis besonders vor dem Hintergrund der staatlichen Zerschlagung radikaler sozialer Bewegungen ein Ort der Kämpfe wie der Analyse. Hier sind besonders die Arbeiten und der Aktivismus von George Jackson zu nennen, der seit seinem jungen Erwachsenenalter regelmäßig im Gefängnis war und zu den wichtigsten Gefängnisabolitionist:innen der USA gehört.^[42] Jackson lieferte eine tiefgehende Analyse des Gefängnisses als Ort nekropolitischer Gewalt sowie der komplexen Verbindungen zwischen Plantagengesellschaften und Gefängnissen im Spätkapitalismus. Er verstand es zudem, besonders inhaftierte Menschen zu organisieren. Im Jahre 1966 gründete er mit W. L. Nolen die Black Guerilla Family im San Quentin State Prison, trat später der BPP bei und war (neben Fleeta Drumgo und John Clutchette) einer der drei Soledad Brothers, einer Gruppe von Gefängnisinsassen, der man die Tötung eines Gefängnisaufsehers im Rahmen eines Aufstands vorwarf. Im Jahr 1970 veröffentlichte Jackson unter dem Titel *Soledad Brother: The Prison Letters of George Jackson* Gefängnisbriefe, in denen er auch die Rolle des Gefängnisses und seine Expansion als Ausdruck des Übergangs für schwarze Menschen von Plantagengesellschaften zur »ökonomischen Sklaverei« (*economic slavery*) beschreibt, in deren Rahmen sie auf dem konkurrierenden Arbeitsmarkt sichtlich schlechter gestellt waren als weiße Arbeiter:innen.^[43] Jackson liefert damit wichtige Ansätze für die Analyse der Masseninhaftierung, wie sie später von abolitionistischen Theoretiker:innen und Aktivist:innen wie Angela Davis (die mit ihm befreundet war), Joy James und Ruth Wilson Gilmore weiterentwickelt wurde. Zugleich betrachteten diese »neuen Abolitionst:innen« Inhaftierte als politische Subjekte und das Gefängnis als »Verlängerung und Ausdruck des revolutionären Untergrunds, der Arbeitscamps von Verurteilten, den Folterkammern, familiärer Desintegration«.^[44] Jacksons Tötung bei einem Ausbruchversuch führte auch zu den historischen Attica Rebellions, bis heute eines der wichtigsten Ereignisse

im Kampf um die Verbesserung von Haftbedingungen und die politischen Rechte von Gefangenen weltweit.

Während Jackson Zeuge einer Verdopplung der Gefängnispopulation von 1960 bis 1970 wurde, stieg die Gefängnispopulation in den letzten vierzig Jahren um fast 700 Prozent, obwohl die Kriminalitätsrate in den USA rückläufig war.^[45] Dabei lassen sich vor allem zwei durchaus verschränkte politische Konjunkturen beobachten, die mit dieser zunehmenden Masseninhaftierung zusammenhängen. Zum einen – dies beschreiben besonders Theoretiker:innen, die der *Black Radical Tradition* nahestehen und den Wandel kapitalistischer Konjunkturen auch mit Bezug auf Widerstände analysieren – ist der eklatante Anstieg der Inhaftierungsrate nicht ohne die staatliche Kriminalisierung radikaler sozialer Bewegungen zu denken. So wurden besonders durch den *War on Drugs* («Krieg gegen die Drogen») unter Richard Nixon, der nach der Rechtswissenschaftlerin Michelle Alexander eine Reaktualisierung der systematischen rassistischen Diskriminierung à la *Jim Crow* darstellt,^[46] auch die Antikriegsbewegung und radikale schwarze, braune und indigene Bewegungen kriminalisiert. In seinem Buch *Incarcerating the Crisis* beschreibt Jordan T. Camp, in Anlehnung an die Arbeiten Antonio Gramscis und Stuart Halls, dass der alleinige Fokus auf den *War on Drugs* jedoch nicht ausreicht, um die eklatante Masseninhaftierung seit den 1970er Jahren in den USA zu erklären. Vielmehr müsse diese als Ausdruck des langen »Gegenaufstands gegen schwarze Freiheit, Gewerkschaften und sozialistische Allianzen, die sich im Kampf um die Abschaffung von rassifizierten *Jim-Crow*-Regimen gebildet haben«,^[47] verstanden werden.

Zum anderen ist Masseninhaftierung in den USA als Ausdruck des neoliberalen Übergangs vom sozialen Wohlfahrtsstaat zum kar²²zeralen Staat und der Bestrafung der (rassifizierten) Armen zu deuten. In seinem bekannten Werk *Bestrafen der Armen* diskutiert der französische Soziologe Loïc Wacquant die Expansion des strafenden Staates und führt diese auf ökonomische Deregulierung, den strukturellen Umbau des Wohlfahrtsstaates und den Ausbau restriktiver Strafpolitiken zurück.^[48] Als neue Regulierungsweise der sozialen Unsicherheit trifft die karzerale

und punitive Wende^[49] Schwarze, Latinx und Indigene dabei besonders hart. So ist die Inhaftierungsrate unter schwarzen Menschen in den USA fast fünfmal so hoch wie bei weißen Menschen, bei Latinx-Personen ist sie 1,3-mal so hoch.^[50]

In ihrem einschlägigen Werk *Golden Gulag* analysiert die Geographin und Abolitionistin Ruth Wilson Gilmore den massiven Anstieg der Gefängnisbevölkerung in Kalifornien seit den 1980er Jahren bis 2007 und den Bau von über 23 neuen Maximum-Gefängnissen (im Kontrast zum Bau der ersten neun Gefängnisse über Hunderte von Jahren). Gilmore arbeitet in ihrem Buch ein komplexes Zusammenspiel multipler Krisen und der Produktion von Überschuss (von Arbeiter:innen, Land, von Finanzkapital und Staatskapazität) im kalifornischen Bundesstaat heraus, denen von staatlicher Seite mit Krisenregulierung durch karzerale Expansion begegnet wird. Diese »Gefängnislösung« (*prison fix*) ist nach Gilmore jedoch nicht analog zur Plantagenökonomie zu verstehen – ein wesentlicher Punkt in der Diskussion um die Kontinuitäten von Versklavung und den Bezug zu Karzeralität. So gehe es bei Gefängnissen gerade *nicht* vorrangig um (Über-)Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft als eine Kontinuität von Versklavung, so Gilmore,^[51] sondern um geographische »Lösungen« multipler Krisen des Staates, der sich selbst in einer Krise befindet.^[52] Angela Davis spricht hier, in Anlehnung an einen Begriff von Mike Davis, von einem »gefängnisindustriellen Komplex«, um die Verflechtung von Einsperrung und Kapitalismus zu bezeichnen.^[53]

²³ Abolitionistische Perspektiven, die von Theoretiker:innen innerhalb wie außerhalb von Gefängnissen entwickelt werden, wenden sich von Gefängnissen als vermeintlicher »Lösung« gesellschaftlicher Problemlagen ab und plädieren und kämpfen für die Transformation gesellschaftlicher Produktions- und Beziehungsweisen. Das Gefängnis wird somit nicht als Antwort auf Gewalt, sondern als gewalt(re)produzierend verstanden. In ihrem bahnbrechenden Werk *Eine Gesellschaft ohne Gefängnisse?* (2003) hat Davis die These aufgestellt, dass wir die Isolierung, Demütigung und Entrechtung, die Menschen in Gefängnissen widerfahren, vor allem deswegen so bereitwillig

akzeptieren, weil die Individualisierung sozialer Probleme davon entlastet, strukturelle Lösungen für sozioökonomische Probleme zu finden. Ihre Forderung nach einer allgemeinen Abschaffung von Gefängnissen wiederholt die schon von Du Bois formulierte Doppelbewegung: Abolitionismus bedeutet nicht einfach, dass etwas wegfällt, sondern geht mit der Neuerfindung von Institutionen der sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe einher. Im Kontext der Gefängnisse bedeutet das, dass an die Stelle von Einsperrung, die schädigendes Verhalten nicht nur nicht zuverlässig bekämpft, sondern sogar verschärft, soziale Infrastrukturen etwa in Form von Gesundheitsversorgung, Wohnen und demokratischer Selbstbestimmung gestärkt werden müssen.^[54]

Dabei gehen Abolitionist:innen wohlgermerkt nichtselektiv vor, das heißt, es geht nicht einfach um diejenigen Inhaftierten, die etwa wegen gewaltloser Drogen- oder Armutsdelikte einsitzen, auch wenn dies in einigen Kontexten die Mehrheit der Gefängnisbevölkerung darstellt. Für den US-Kontext gilt jedoch, dass ein Großteil der Menschen in staatlichen und bundesstaatlichen Gefängnissen wegen sogenannter Gewaltdelikte verurteilt worden sind. Der Fokus auf die »relativ Unschuldigen« (Gilmore) geht jedoch am Problem vorbei, da es Abolitionist:innen um die Kritik an organisierter staatlicher Gewalt sowie die Ursprünge von gesellschaftlichen Problemlagen und weniger um die Frage der »Unschuld« geht.^[55]

| 24 | Todesstrafe

Vor dem Hintergrund der Kriminalisierung und Inhaftierung radikaler sozialer Bewegungen in den späten 1960er Jahren und einer zunehmenden Bestrafung der rassifizierten Armen hat sich in den USA vor allem der Kampf gegen die Todesstrafe als ein wesentlicher abolitionistischer Kristallisationspunkt herausgebildet. Während fast alle westeuropäischen Länder nach dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg die Todesstrafe abgeschafft haben, ist sie in den USA in nur 23 von 50 Bundesstaaten verboten. Nach einer Aussetzung der Todesstrafe durch

den Obersten Gerichtshof im Jahre 1967 wurde sie 1976 wieder für verfassungsgemäß erklärt, und Verurteilungen zur Todesstrafe haben sich von 1982 bis 2010 mehr als verdreifacht. In den letzten Jahren sind die Hinrichtungszahlen zwar gesunken, dennoch befinden sich derzeit 2504 Menschen im Todestrakt (*on death row*). Dabei ist auch hier eine intersektionale Perspektive auf den kapitalistischen »*prison fix*« wichtig, da schwarze Menschen 41 Prozent der Menschen im Todestrakt ausmachen (weiße Menschen 42 Prozent), obwohl sie nur 13 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden. In den Bundesstaaten Texas und Nebraska machen rassifizierte Gruppen 73 beziehungsweise 75 Prozent der Menschen im Todestrakt aus.^[56] Es wird zudem geschätzt, dass über 10 Prozent der Menschen *on death row* an mentalen Vulnerabilitäten oder Erkrankungen leiden. Zudem gehören sie fast alle ökonomisch prekarierten Milieus an. Abolitionistische Perspektiven auf die Todesstrafe setzen sich dabei nicht einfach für eine »bessere« oder »humanere« Form der Todesstrafe ein, sondern für deren ersatzlose Abschaffung nicht *im*, sondern als Teil der Abschaffung des Gefängnisses als Ganzem. Am Beispiel der Todesstrafe lässt sich auch der radikale Unterschied zwischen liberalen reformistischen Ansätzen und abolitionistischen Ansätzen erneut verdeutlichen.^[57] Gerade die Forderungen, die Todesstrafe durch eine lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit der Bewährung (*life without parole*, LWOP) zu ersetzen, haben selbst zur Expansion des gefängnisindustriellen Komplexes beigetragen. Für Abolitionist:innen handelt es sich hierbei nur um eine andere Form der Todesstrafe, da die lebenslange Freiheitsstrafe ein Leben effektiv beendet.^[58]

Im internationalen Kontext ist wohl der Journalist Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und Mitglied der ökoanarchistischen Organisation MOVE, eine der bekanntesten Personen im Kampf gegen die Todesstrafe sowie gegen LWOP.^[59] Abu-Jamal wird vorgeworfen, während der Verhaftung seines Bruders im Dezember 1981, bei der er selbst lebensgefährlich verletzt wurde, einen Polizisten erschossen zu haben. Am 3. Juli 1982 wurde Abu-Jamal nach einem Verfahren voller rassistischer

Parteilichkeit und Intention seitens des Richters, der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie Falschaussagen und Manipulation von Zeug:innen einstimmig zum Tode verurteilt. Bis Januar 2012 wurde Mumia Abu-Jamal *on death row* und damit in Einzelhaft gehalten.^[60] In den Jahren 1995 und 1999 wurden zwei terminierte Exekutionen abgesagt. 2001 wurde das Todesurteil durch das Bezirksgericht aufgehoben, worauf der Staat Pennsylvania Berufung einlegte. Abu-Jamals Antrag auf eine Neuaufnahme seines Verfahrens im Jahr 2008 wurde abgewiesen. Im Dezember 2011 akzeptierte die Staatsanwaltschaft die Umwandlung seiner Strafe in LWOP. Doch wie bereits angemerkt, ist auch Abu-Jamals lebenslängliche Haftstrafe eine Form der Todesstrafe. Allein die Einsperrung von Menschen in Käfigen, ob schuldig oder nicht, ist eine Form der nekropolitischen Gewalt, 26 die auch auf den sozialen Tod abzielt, denn die Frage der Schuld ist bereits Teil der Logik von Karzeralität, wie Gilmore argumentiert.^[61] Zudem führt die Verweigerung jeglicher Rechte auf gesundheitliche Versorgung, gesunde Ernährung und sozialen Kontakt zu frühzeitigen Toden.^[62]

Polizei

Wie bereits oben verdeutlicht, beziehen sich neuere Abolitionismen nicht nur auf Gefängnisse. Seit den Black-Lives-Matter-Protesten als Reaktion auf den Mord an George Floyd 2020 hat besonders die abolitionistische Kritik der Polizei breite Aufmerksamkeit erfahren.^[63] Zugleich gehörten politische Mobilisierungen gegen die Polizei auch vor der Expansion des strafenden Staates bereits zum Inventar antikolonialer und antirassistischer Theorien und Kämpfe, wie auch die Arbeiten Frantz Fanons^[64] und Walter Rodneys^[65] zeigen, in denen der Zusammenhang von Polizei und kolonialer Kontrolle sowie die Rolle der Polizei für die Zerschlagung antikolonialen Widerstands diskutiert werden.^[66] Auch während der Kämpfe der 1960er und 1970er Jahre in den USA, aber auch in

Großbritannien oder Südafrika wurde die Kritik an der Polizei zum politischen Kristallisationspunkt.

Diese Kritik lehnt sich an marxistischen Analysen der Polizei ^[27] und ihrer Funktion zum Erhalt und Schutz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse sowie der Repression von Arbeiter:innenbewegungen an,^[67] liefert jedoch eine tiefergehende Analyse der Polizei und ihrer Artikulationsweise entlang rassifizierter Differenz.^[68] Dabei wird zum einen auf die Historizität der Polizei verwiesen und ihre Rolle in der Kriminalisierung der Armen, besonders rassifizierter Gruppen wie Rom:nja und Sinti:zze, und der Mobilisierung von mittellosen Personen für die kapitalistische Ausbeutung in Europa betont. Zum anderen verweisen Polizeiabolitionist:innen auch auf die exponentielle polizeiliche Gewalt zur Mobilisierung und Reproduktion von versklavten Menschen *als* Eigentum (auf den Sklavenschiffen und auf den Plantagen),^[69] die institutionellen Ursprünge der US-amerikanischen Polizei in den *slave patrols* (Milizen, die sich um das Einfangen entflohener versklavter Menschen kümmern sollten),^[70] die Rolle zwischen Polizei und Überausbeutung in den Kolonien^[71] sowie die Funktion der Polizei im Nationalsozialismus.^[72] Polizei, als allgemeines kapitalistisches Gewaltverhältnis, wirkt differentiell: Sie hat auf unterschiedliche Menschen unterschiedliche Auswirkungen. So machen rassifizierte arme und migrantische Menschen schon lange darauf aufmerksam, dass sich polizeiliche Gewalt für sie nicht auf die Teilnahme von Demonstrationen oder Arbeitskämpfe beschränkt, vielmehr handelt es sich um ^[28] eine alltägliche staatliche Konfrontation, die ihre gelebte Erfahrung durchzieht.^[73] Besser situierten weißen Menschen bietet sich die Polizei demgegenüber als Werkzeug zur Durchsetzung der eigenen ökonomischen Interessen oder phantasmatischen Sicherheitsbedürfnisse an.^[74] Diese Differenz hat auch eine spezifische Geographie: Während sie in manchen Gebieten wie eine Besatzungsmacht agiert, dient sie den *Gated Communities* als Türsteher.^[75]

Zugleich lassen sich auch in Europa vielseitige Widerstandsformen beobachten, die nicht erst in den letzten Jahren die politische Landschaft prägen. So zeigt Adam Elliott-Cooper in seiner Arbeit zu schwarzen Widerständen gegen Polizeigewalt in Großbritannien, dass die Anwerbung von migrantischen Arbeiter:innen aus den ehemaligen Kolonien Mitte des 20. Jahrhunderts mit einem »Rückimport« polizeilicher Techniken und Strategien in die Zentren des Empires einherging. Zugleich nahmen damit auch die Aufstände in den Städten gegen Polizisten sowie Proteste migrantischer und rassifizierter Arbeiter:innen gegen Polizeigewalt zu.^[76] Auch in Frankreich zeigt sich besonders am polizeilichen Umgang mit algerischen Arbeiter:innen und der Zerschlagung von Protesten in Solidarität mit der algerischen Befreiungsbewegung eine Form dieses polizeilichen »Boomerang-Effekts«, um mit Aimé Césaire zu sprechen.^[77] Ab den 1970er Jahren kommt es regelmäßig zu Aufständen in den rassifizierten Arbeiter:innenvierteln französischer Großstädte,^[78] oft nach Tötungen von Jugendlichen durch die Polizei, und die polizeiliche Kriminalisierung der Vorstadtjugendlichen wird zunehmend^[29] als feindliche Belagerung wahrgenommen und thematisiert.^[79]

Auch in der Bundesrepublik Deutschland spielt rassistisches Polizieren nicht erst seit kurzem eine Rolle. So finden sich in den gelebten Archiven von Rom:nja und Sinti:zze, Gastarbeiter:innen sowie schwarzen und braunen Menschen mit und ohne formale Staatsbürger:innenschaft Tausende Anekdoten, Erzählungen und Lieder von der Gewalt rassistischen Polizierens.^[80] Berichte zum sogenannten Hamburger Polizeiskandal im Jahr 1994, die Widerstände gegen Abschiebungen und polizeiliche Aggressionen in Rom:nja- und Sinti:zze-*communities* sowie die vielen Initiativen und Mobilisierungen von Angehörigen, die sich vor allem ab den 2000er Jahren nach der polizeilichen Tötung von vor allem schwarzen Menschen wie Oury Jalloh, Achidi John, Dominique Koumadio, Christy Schwundek und vielen weiteren gründen, deuten auf die Geschichten und Vorläufer:innen des Widerstands gegen Polizieren auch in Deutschland.

Viele der Initiativen verweisen dabei immer wieder auf die Verbindungen von polizeilichem Rassismus mit Rassismus in der Justiz und weiteren staatlichen Institutionen und haben längst die Aufklärungsarbeit der Todesfälle selbst in die Hand genommen.^[81] Weitere selbstorganisierte Gruppen und Initiativen wie die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) und *copwatch*-Gruppen dokumentieren rassistisches Polizieren und unterstützen betroffene Personen, entwickeln Kampagnen zur Sensibilisierung dem Thema gegenüber und fordern zunehmend auch eine Definanzierung von Polizeien und weiteren Sicherheitsbehörden bei gleichzeitigem Ausbau von Strukturen sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe sowie der radikalen Transformation gesellschaftlicher Produktions- und Beziehungsweisen. Abolitionistische Perspektiven auf die Polizei lassen sich demnach weder auf die Polizei noch auf die Umverteilung von Ressourcen reduzieren. Vielmehr geht es auch hier um einen 30 transformativen Ansatz der Gesellschaftskritik, der gesellschaftliche Strukturen in den Blick nimmt, die Polizieren überhaupt erst ermöglichen und legitimieren.^[82] Zudem beziehen abolitionistische Perspektiven auch Fürsorgeregime^[83] und weitere repressive Institutionen wie psychiatrische Einrichtungen^[84] ein und beschränken sich damit keineswegs auf die Polizei als Institution. Vielmehr geht es um Polizieren als institutionelle Praxis, die auch weitere gesellschaftliche Institutionen und Strukturen durchzieht. Damit geht es auch nicht einfach um einen Austausch von Polizei und Sozialarbeiter:innen oder den Ausbau von psychiatrischen Einrichtungen, denn auch diese Institutionen haben eine lange Geschichte der Unterdrückung und Kriminalisierung, sondern um die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit sowie die Entindividualisierung von gesellschaftlichen Problemlagen und die Anerkennung der Selbstbestimmung betroffener Personen.

Militär

Zu einem weiteren grundlegenden Themenfeld des Abolitionismus gehört, auch wenn dies oft in den Hintergrund gerät, der Antimilitarismus und der Widerstand gegen den militärisch-industriellen Komplex. Darauf verweisen beispielsweise auch die begriffliche Nähe zwischen dem militärisch-industriellen und dem gefängnis-industriellen Komplex sowie die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Polizei und zunehmender Militarisierung. Aber auch historisch betrachtet spielte der Antimilitarismus eine grundlegende Rolle in der abolitionistischen Ideengeschichte und politischen Mobilisierung. W.E.B Du Bois engagierte sich bis ins hohe Alter sehr aktiv in der internationalen Antikriegsbewegung und war in den 1950er Jahren Vorsitzender des Peace Information Center in New York, das sich für globale Entmilitarisierung und ³¹atomare Abrüstung einsetzte. Auch in seinen Arbeiten thematisierte er die Verknüpfung von Antirassismus, Antikolonialismus und Sozialismus mit der Notwendigkeit, globaler und imperialer Kriegsführung ein Ende zu setzen.^[85] Radikale schwarze antikoloniale Aktivist:innen wie Claudia Jones und Louise Thompson Patterson waren ebenfalls überzeugte Antimilitarist:innen und Teil der Tradition eines »radikalen schwarzen Friedensaktivismus«.^[86] Frantz Fanon betonte in *Die Verdammten dieser Erde* bereits den inhärenten Zusammenhang von Militär und Polizei, die in den Kolonien oftmals keine separaten Einheiten darstellten, zumindest aus Perspektive der Kolonisierten. Theoretiker:innen und Aktivist:innen der Black-Power-Bewegung sowie weitere radikale linke soziale und antikoloniale Bewegungen betonten zudem die Verbindungen zwischen internem Polizieren und externem imperialen Militarismus.^[87]

Vor dem Hintergrund der militaristischen Globalisierung, des Disastermilitarismus und der Expansion transnationaler Kriegsökonomien,^[88] die zu einem erheblichen Teil für die Flucht und Vertreibung von mehr als 82,4 Millionen Menschen (neben oder auch in Verbindung mit den Folgen der Klimakatastrophe) verantwortlich sind, nehmen abolitionistische Perspektiven nicht nur die transnationalen Kontinuitäten und Verwobenheiten militärischer Strategien und

Technologien in den Blick, sie argumentieren darüber hinaus, dass militärische Konflikte und Interventionen nicht nur keine Sicherheit herstellen können, sondern aktiv strukturelle Gewalt und sozioökonomische, ökologische und politische Unsicherheiten und vergeschlechtliche Gewalt hervorbringen.^[89] Dabei 32 betonen abolitionistische Theoretiker:innen und Aktivist:innen, dass sich, genau wie Gefängnisse oder Polizeien, Militär und Militarisation nicht ethisch reformieren lassen und deshalb abgeschafft gehören, um in Sicherheit leben zu können.

Grenzen und Lager

Forderungen wie »No Lager«, »Abolish All Camps«, »No Border« oder »Free Movement« wurden schon seit den 1960er Jahren von selbstorganisierten Geflüchteteninitiativen gegen die Abschottungspolitik der »Festung Europa« in Anschlag gebracht,^[90] die zwischen 1993 und 2021 mindestens 44 764 Menschen das Leben gekostet hat.^[91] In ganz Amerika, mit der US-mexikanischen Grenze als besonderem Kristallisationspunkt migrantischer Kämpfe, verweisen Slogans wie »We Didn't Cross the Border, the Border Crossed Us« auf den kolonialen Ursprung der modernen Nationenbildung. Im Rahmen der Black-Lives-Matter-Proteste der 2010er Jahre ist es gelungen, die Forderung »Abolish ICE«, also die Abschaffung der US-amerikanischen Abschiebepolizei Immigration and Customs Enforcement (ICE), zu einer realpolitischen Option zu machen, die sogar von großen Teilen der demokratischen Partei unterstützt wird.

Der Kampf gegen die staatlich organisierte Gewalt in Form von Abschiebegefängnissen und Lagern, Stacheldraht und Personalausweisen, Deportation und Internierung ist schon auf den ersten Blick Teil der abolitionistischen Agenda. Die Kampagnenarbeit folgt dabei derselben doppelten Ausrichtung wie auch der gefängnis- und 33 der polizeiabolitionistische Aktivismus: Einerseits richtet sie sich gegen